



In der Verordnung vom 27. November 1760 des ungarischen Statthaltereirates werden die Bezirke verpflichtet, die »herumstreichenden Zigeuner« anzusiedeln, von der »dichten Unwissenheit« zu befreien, mit christlichen und bürgerlichen Tugenden vertraut und dem Gemeinwohl dienstbar zu machen. Archiv des Komitats Borsod-Abaúj-Zemplén, IV. 501/f. (Schriften der Adeligenversammlung des Burgkomitats Borsod: Mandata et intimata politica), XI. I. nr. 56.

Roma in Österreich, österreichische Roma-Politiken

Weichenstellungen in der Zweiten Republik

Erika Thurner

Vorbemerkung: Gegensätzliche Erfahrungen?

»Von Chancengleichheit und gelungener Integration sind Roma in Österreich noch weit entfernt!« So die Positionsbestimmung von Rosa Gitta Martl, Aktivistin der ersten Stunde, in einem kürzlich fertiggestellten Filmdokument.¹

Fast zeitgleich porträtiert *Romano Centro*, Periodikum des gleichnamigen Roma-Vereines in Wien, einen jungen Rom, Samuel Mago. Er hat mit seiner erfolgreichen Abschlussarbeit über *Roma-Bilder in den Medien* nicht nur die Matura bestanden, sondern auch einen zweisprachigen Rede-Wettbewerb gewonnen und dabei viel Anerkennung eingefahren.²

Sieht Rosa Martl, Gründerin des Linzer Vereines *Ketani*, die aktuelle Lage zu pessimistisch? Haben Roma heute in Österreich – alteingesessene, autochthone oder auch später zugewanderte – Chancen- und Rechtsgleichheit und damit die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufstieg?

Faktum ist, dass in den letzten Jahrzehnten gravierende sozialpolitische Verbesserungen für die österreichischen Roma erkämpft wurden. Allerdings schlagen sich diese positiven Entwicklungen nur bei einem kleineren Teil der Roma nieder. Viele, vor allem ältere Menschen, können an eine Änderung des negativ besetzten »Zigeuner-Image« in der Mehrheitsgesellschaft nicht glauben. Denn: alte und erneuerte Vorurteile begegnen den Roma nicht nur in den postsozialistischen Ländern, sondern europaweit – auch in Österreich!

Alte Vorurteile, aktualisierte Rassismen

Ablehnung und Feindschaft gegenüber den Roma sind alte Phänomene, dagegen ist der heute in der Wissenschaft verwendete Begriff des Antiziganismus sehr jung. Er steht für eine Form des Rassismus, der durch besonders tiefe Verachtung gekennzeichnet ist. Unmittelbar nach der Ankunft der Roma in Europa, ab dem 14. Jahrhundert, begann die Konstruktion zigeunerfeindlicher Stereotypen. Sie begleiteten gleichsam den westlichen Zivilisationsprozess. Parallel zur Heraus-

bildung bürgerlich-kapitalistischer Strukturen erfolgte der Ausschluss jener, die sich den Zumutungen der sich formierenden Arbeits- und Disziplinierungsgesellschaft widersetzen. Die Roma wurden von den Verlockungen der Moderne kaum berührt, und sie versuchten, staatlich legitimierten Zwängen auszuweichen.³

An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert entbrannte der Diskurs, wie weit »Zigeuner« einer »bürgerlichen Verbesserung« unterzogen werden könnten, und ob auch für sie – so wie für die Juden – eine Emanzipation möglich sei. Die Mehrheit der damit befassten Denker und gesellschaftlichen Machttäger sprach sich klar dagegen aus. Sie setzten die Roma, die sogenannten »Zigeuner«, den »Schwarzen« und »Wilden« gleich. Und sie forderten für sie Zwangsmaßnahmen statt bürgerlicher Freiheiten. Nur wenige erhoben dagegen Einspruch. So z. B. der deutsche Sprachwissenschaftler Johann Rüdiger, der sogar so weit ging, dass er die »zigeunerfeindliche Umwelt« für die den Roma zugeschriebenen negativen Eigenschaften verantwortlich machte. Das war eine Minderheitenposition, die dann im 19. Jahrhundert für die darauf folgenden 200 Jahre fast gänzlich verloren gehen sollte.

Der moderne National- und Territorialstaat sorgte im Verbund mit Verwaltungsreformen (Personenerfassung, Passwesen, etc.) dafür, dass unterschiedliche Menschenkategorien geschaffen wurden: Berechtigte, Dazugehörige, Nichtberechtigte und Fremde. Die weitere Ausdifferenzierung der Armen in einheimische und fremde Bettler schuf neue Inklusions- und Exklusionsbeziehungen und beförderte die einen langfristig in die Position von außerstaatlichen, rechtlosen Fremden. Im 18. und 19. Jahrhundert richtete sich zunächst der Hass auf alle vermeintlich »Unproduktiven«. Erst nach und nach erfolgte die Konzentration auf die schwächste und exotischste Gruppe, auf die Roma, wobei die ökonomischen Interessen von Ausgrenzung und Vertreibung auch durch religiöse Motive überdeckt wurden.

¹ Starke Frauen der Sinti und Roma. Dokumentarfilm von Eva-Maria Lerchenberg-Thöny, 2014.

² Portrait Samuel Mago, in: *Romano Centro* 79/80 (2014), S. 16f.

³ Franz Maciejewski: Elemente des Antiziganismus, in: Jacqueline Giere (Hg.): Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils, Frankfurt am Main/New York 1996, S. 9–29.

An der Wende zum 20. Jahrhundert schürte und kanalisierte der politisch-rechtlich agierende Antiziganismus im Interesse der Herrschaftssicherung Ressentiments. Die staatlichen Politiken schufen mit eigenen Gesetzen und Erlässen⁴ – sowie durch die Etablierung einer »Internationalen Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« 1936 in Wien – Voraussetzungen und tragfähige Fundamente zur restriktiven Umsetzung nationalsozialistischer und faschistischer Verfolgungs- und Ausrottungsmaßnahmen. Unterschiedlichste Wissenschaftsdisziplinen agierten als eifrige Zuarbeiter der Politik. Sie tradierten und erweiterten die zigeunerfeindlichen Klischees und Stereotypen, nährten so die ohnehin leicht abrufbaren Ressentiments über die Jahrhunderte und die politischen Systeme hinweg. Die Roma – mit ihren bis in die jüngste Zeit nur mündlich überlieferten Kultur- und Sprachtraditionen – hatten schon aufgrund ihrer gesellschaftlichen Randposition keinerlei Macht, diese negativen Bilder zu korrigieren oder gar außer Kraft zu setzen.

Roma-Population in Österreich: Alteingesessene und Zugewanderte

In den 1990er-Jahren wurde der vorurteilsbelastete Fremdbegriff »Zigeuner« gegen die aus dem Romanes stammende Bezeichnung Roma (Mensch, Mann) ausgetauscht. Dieser Sammelname umschließt allerdings eine sehr heterogene Minderheit, eine Vielzahl von Gruppen mit unterschiedlichen soziokulturellen, sprachlichen und historischen Entwicklungsverläufen.

Die Ungrika-Roma und ihre Nachkommen leben seit nahezu 600 Jahren im Gebiet des heutigen Burgenlandes (bis 1921 Westungarn). Der von Maria Theresia und Joseph II. eingeleiteten Zwangsassimilation (Ehe- und Sprachverbote, Kindeswegnahme, u. a.) konnte sich die Mehrheit zwar entziehen. Die »Habsburger Zigeunerpolitik« (Regulative von 1761, 1767 und 1783) ermöglichte allerdings erste Ansiedlungen größerer Gruppen und Ansätze zur Teilintegration – z. B. als Schmiede, Musiker, Korbflechter, aber auch als Erntehelfer oder Tagelöhner. Das Eindringen in Nischen des regionalen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens erforderte hohe Anpassungsleistungen und bewirkte langfristig die Vernachlässigung eigenkultureller und sprachlicher Traditionen. Neben der Muttersprache Roman beherrschten die Ungrika

⁴ Schubgesetz 1871, Vagabundage-Gesetze 1873 und 1885, Zigeuner-Erlass 1888.

⁵ Genaueres zur zahlenmäßigen Erfassung durch die Gendarmerie vor 1938, siehe die Texte von Gerhard Baumgartner in diesem Band.

⁶ Erkenntnisse zu Zuwanderung und Gruppenentwicklung verdanken wir SprachwissenschaftlerInnen. Erste wichtige Arbeiten von Mozes F. Heinschink: E Romani Chib – Die Sprache der Roma, in: Mozes F. Heinschink, Ursula Hemetek (Hg.): Roma, das unbekannte Volk. Schicksal und Kultur, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 110–129; spätere Projekte und Publikationen von Dieter W. Halwachs: Romani in Österreich, in: Dieter W. Halwachs, Florian Menz (Hg.): Die Sprache der Roma. Perspektiven der Romani-Forschung in Österreich, Klagenfurt 1999, S. 112–147.

ursprünglich auch Ungarisch oder Kroatisch. Bis zur NS-Zeit stieg ihre Zahl auf ca. 8.000 Personen an.⁵

Lovara und Sinti sind dagegen »erst« seit sechs bis sieben Generationen in Österreich. Einwanderungen erfolgten über Süddeutschland, aus der Tschechoslowakei, aus Norditalien, über Ungarn aus Rumänien, Slowenien, Serbien. Sie kamen als Wanderhändler und ambulante Kleingewerbetreibende und hatten vor dem Zweiten Weltkrieg selten feste Wohnsitze. Die Wintermonate überbrückten sie auf öffentlichen oder privaten Stellplätzen: in Wien, am Rande der größeren Städte, aber auch im ländlichen Raum. Ihr Reise- und Wirtschaftsgebiet war Österreich und die Grenzregionen. Viele von ihnen verfügten über einen festen Kundenstamm und fuhren nur bestimmte Gebiete an, benutzten ihnen bekannte, übliche Routen. Über privates Fotomaterial sowie durch Presseberichte und Verfolgungsdokumente eröffnet sich ein differenziertes Bild über deren Besitz- und Lebensverhältnisse. So hatten einige (deutsche) Sinti schon in den 1920er- und 1930er-Jahren Automobile, bei anderen lässt die kunstvolle Ausstattung ihrer gediegenen Holz-Wohnwägen auf gute Einkünfte schließen. Nicht wenige verdingten sich als Kunst-, Antiquitäten- und Instrumentenhändler; bekannte Musiker- und Artistenfamilien waren in ganz Europa gefragt. Die Lovara, viele von ihnen Pferdehändler, suchten in Wien und Umgebung eine neue Heimat. Sie bzw. ihre Vorfahren hatten einen nahezu 500-jährigen Zwischenaufenthalt als Leib-eigene im Moldaugebiet und in der Walachei hinter sich.⁶

Ab den 1930er-Jahren wurde der Bewegungsradius der zirka 3.000 Sinti und Lovara immer stärker eingeschränkt. Die rasante Zunahme von Anhaltungen und Vertreibungen spiegeln sich in den Quellen der Exekutive wider. Entgegen gängigen Projektionen verfügten auch die Nichtsesshaften über keinen »angeborenen Wandertrieb«. Das Nomadenleben wurde ihnen zum Vorwurf erhoben, doch Ansiedlungs- und Heimatrechte blieben ihnen generell versagt. Trotz aller Restriktionen und Bedrängungen ermöglichte das gemeinsame Leben und Reisen – eng im Familien- und Sozialverband – Sinti und Lovara ihre kulturellen und Sprachtraditionen lebendig zu halten.

Von Observierung und Verfolgung waren alle Gruppen gleichermaßen betroffen. Mit einem »Gesetz zur Bekämpfung der Zigeunerplage« wollte die Erste Österreichische Republik 1931 sogar gegen die eigene Verfassung verstoßen. Geplantes rechtswidriges Vorgehen gegen sesshafte Bundesbürger – in diesem Fall gegen Burgenland-Roma – ließ sich wenige Jahre später unter NS-Patronanz radikal umsetzen. Nur 10 bis 15 Prozent der österreichischen Roma überlebte die NS-Ausrottungspolitik.

Davon, aber auch von den Überlebenden, nahm die Mehrheitsbevölkerung kaum Notiz. Verborgen blieb der Mehrheit zudem, dass nach dem Zweiten Weltkrieg – durch Flucht- und Migrationsbewegungen – erneut Roma nach Österreich zuwanderten. Mit den Ungarn-Flüchtlingen, die 1956 vor der kommunistischen Herrschaft flohen, gelangten Lovara-Familien nach Wien. Weitere Roma kamen im Zuge der Gastarbeiterwanderung ab den

1960er-Jahren: Kalderash, Xoraxane, Arlije und Gurbet – aus Serbien, vom Südbalkan, aus der Türkei. Und diese sahen schon gar keinen Grund ihren ohnehin prekären Gastarbeiter-Status noch durch die Offenlegung einer Roma-Identität zu verschärfen.⁷

1945: Das Vorurteil als gesellschaftlicher Platzanweiser

Ein Teil der Überlebenden suchte Vorkriegswohngebiete und Geburtsgemeinden auf, die meisten tauchten aber in den größeren Städten unter, bevorzugten ein Leben in der Anonymität. Nur in wenigen (burgenländischen) Gemeinden entstanden wieder Roma-(An)Siedlungen. Die HeimkehrerInnen – nur etwa ein Zehntel der Vorkriegsbevölkerung – standen vor dem Nichts: ihre Häuser und Hütten waren niedergerissen, persönlicher Besitz gestohlen oder vernichtet. Orte, die einen Zuzug genehmigten, knüpften an das System der Ghettoisierung an. Nur in Ausnahmefällen gelang es Roma, eine Wohnung oder ein Haus im Ortskern zu erwerben. Der Roma-Schriftsteller Stefan Horvath zeigt am Beispiel der Oberwarther Siedlung eindrucksvoll die auch andernorts praktizierte Abwehrpolitik.⁸

Abwehrhaltung gepaart mit Alltagsschikanen setzten Orientierungsmarken auch für Sinti und Lovara. Die meisten wollten sesshaft werden, mussten sich allerdings mit Behelfswohnraum in Baracken zufrieden geben oder lebten weiterhin in Wohnwägen mit fester Adresse. Die Zuweisung in eine bessere Wohnung erfolgte erst nach Jahren. Wohngegend und Nachbarschaft veränderten sich kaum. Die Zugehörigkeit zu den Rand- und Unterschichten der Gesellschaft, die sich auch auf die Schul- und Ausbildungssituation der Kinder auswirkte, war vorgegeben. Für jene, die wieder ein Wandergewerbe anstrebten, stellten anfangs die Besatzungszonen ein Hindernis dar. Zudem wurden entsprechende Existenzgründungsversuche behindert, legale Gewerbeausübungen blieben Roma weitgehend verschlossen. Nicht nur das Faktum der Staatenlosigkeit, womit einige konfrontiert waren, bildete dabei den Ausschließungsgrund. Hier lassen sich klare Kontinuitäten und Traditionslinien erkennen. Der gewerbetreibende Mittelstand hatte sich auch in der Zwischenkriegszeit erfolgreich gegen die »Zigeunerkonkurrenz« gewehrt. Mit Hilfe von Gewerbeordnung und Untersagungsgesetz wurden damals viele Handwerker- und Händlerexistenzen vernichtet. Diese restriktiven Verordnungen aus Ständestaat- und NS-Zeit bildeten bis 1952 ein wirksames Instrument, um legales Wirtschaften von Roma zu vereiteln.⁹

Zudem trafen – ab den späten 1950er-Jahren – Wirtschaftsaufschwung, Technisierung und Modernisierung ambulante Händler und Handwerker in mehrfacher Weise. So ermöglichten Entwicklungen in der Fahrzeugindustrie zwar höhere Mobilität und Flexibilität (z. B. tägliche Rückkehr an feste Wohnsitze), der Einbruch des Konsumkapitalismus auch am Land verringerte allerdings Einkünfte und Verdienstmöglichkeiten.

Während die KZ-Generation dennoch versuchte, an frühere Verhältnisse anzuknüpfen, wanderten die Nach-

kriegsgeborenen in die größeren Städte und in Ballungszentren ab. Sie passten sich den modernen Wirtschaftsformen an, suchten nach neuen Arbeitsmöglichkeiten und Existenznischen. Diese eröffneten sich in Tourismus- und Dienstleistungsbetrieben. Burgenländische Roma zog es vorwiegend nach Westösterreich, aber auch nach Wien. Wurden sie aber als »Zigeuner« erkannt oder »enttarnt«, drohte ihnen die Entlassung. Nicht wenige mussten gegen die plötzliche Zuschreibung »zigeunerischer Charakterzüge« sowie gegen Verdächtigungen und Beschuldigungen ankämpfen.¹⁰

In vielen Familien blieb die Vergangenheit wie abgeschnitten, das Schweigen diente als Selbstschutz; bei anderen verschafften sich KZ und Verfolgung durch Erzählungen und Angstträume immer wieder Raum, überschatteten auch das Leben der Kinder. Durch die Ausrottung aller alten Menschen, die die Funktion als Traditions- und Sprachvermittler innehatten, dauerte es Jahre bis Gruppenstrukturen und Sozialordnung wieder funktionierten. Viele Roma verzichteten darauf, ihre Sprache, das Romanes oder Roman, an die nachkriegsgeborenen Kinder weiterzugeben. Sie wollten ihnen dadurch bessere Startmöglichkeiten in der österreichischen Gesellschaft eröffnen. Einige perfektionierten ihre Identitätsverheimlichung, sie wechselten Namen und Wohngebiete oder änderten ihr Äußeres.

Der lange Kampf um Anerkennung

Altbekannte und durch die NS-Ideologie erweiterte Klischees und Negativbilder prägten auch in der demokratischen Zweiten Republik das Verhältnis zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung. Behördliche Aufrufe und Amtshandlungen untermauerten und sanktionierten alltägliche Abwertungen und romafeindliches Vorgehen. So warnten die österreichischen Behörden 1948 vor »ausländischen Zigeunern« und »KZ-Schwindlern«, die des Landes verwiesen werden sollten.¹¹

⁷ Roma aus diesen Flucht- und Zuwanderungsbewegungen aus dem Wiener Raum wurden ab 1990 im Verein *Romano Centro* aktiv. Viele von ihnen sind inzwischen im Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft.

⁸ Stefan Horvath: Atsinganos. Die Oberwarther Roma und ihre Siedlungen, Oberwart 2013. 1970 erfolgte die Errichtung eines Schwerpunktkrankenhauses auf dem Areal der Roma-Siedlung. Diese wurde ein weiteres Mal verlegt – noch weiter hinaus aus dem Ortsverband – und die Müllhalde, schon davor »Nachbarin« der Roma, wanderte mit ihnen zum neuen Wohnplatz mit.

⁹ Barbara Rieger: Roma und Sinti in Österreich nach 1945. Die Ausgrenzung einer Minderheit als gesellschaftlicher Prozeß (Sinti- und Romastudien, hg. von Wolfgang Wippermann, Bd. 29), Frankfurt am Main/Berlin/Bern u. a. 2003, S. 93–143.

¹⁰ Interviews der Verf. mit Roma im Zeitraum 1979–2005 sowie: Mri Historija. Lebensgeschichten burgenländischer Roma. Eine Zeitzeugen-Dokumentation von Roma-Service, Kleinbachtal 2009.

¹¹ Erstmalige Veröffentlichung dieses Erlasses zum »Zigeunerunwesen« (BMI, Zl. 84-426-4/48) in: Erika Thurner: Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich (Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Hg. Erika Weinzierl, Ernst Hanisch, Karl Stuhlpfarrer, Bd. 2), Wien/Salzburg 1983, Anhang XXVIII.

Parallel dazu wurden überlebende Roma Anfang der 1950er-Jahre damit konfrontiert, dass ranghohe Nationalsozialisten, die maßgeblich den ›Zigeuner-Holocaust mit entfesselt und vollzogen hatten, sich schon wieder auf freiem Fuß befanden (Gnadenspruch für Tobias Portschy durch Bundespräsident Körner). Andere Mitwirkende im Verfolgungskosmos (NS-Lagerleiter, Wachebeamte mit SS-Rängen) agierten als »glaubwürdige Zeugen«, erreichten, dass Renten- und Entschädigungsanträge von KZ-Überlebenden abgeschmettert und die Betroffenen in den gerichtlichen Verfahren gedemütigt oder sogar des Meineides belangt wurden.

Generell zeigte sich der österreichische Staat gegenüber allen Verfolgten Gruppen kleinlich, verteidigte die eigene Opferposition – als ein von deutschen Nationalsozialisten überfallenes und unterjochtes Land – und machte dagegen den verfolgten und ermordeten Roma den Opferstatus jahrzehntelang streitig. Der ›Zigeuner-Holocaust wurde zunächst geleugnet, dann lange ignoriert. Dabei spielten Beamte in den Bundes- und Landesbehörden ebenso wie Medizin-Gutachter ein unwürdiges Spiel. Ärzte und Psychiater (unter ihnen ehemalige Angehörige der SS) traten den Opfern entgegen und fällten skandalöse Urteile. Die Opferfürsorge-Akten enthalten unfassbare Schicksale und jahrzehntelange Martyrien. Der deutsch-amerikanische Psychoanalytiker K. R. Eissler hat dies als »Akte der Unmoral von Akademikern in höchsten Stellungen« bezeichnet.¹² Zahlreiche KZ-geschädigte Roma, Sinti und Lovara starben lange bevor ihre Anträge akzeptiert wurden und Opferrenten zur Auszahlung gelangten. Andere wollten in späteren Jahren – auch bei angebotener Unterstützung – keinen Neuersuch wagen. Die in der Nachkriegszeit erlebten Zurückweisungen wirkten nachhaltig.

Der österreichische Staat war bis in die 1980er-Jahre weit davon entfernt die eigene, durch die NS-Ausrottungspolitik extrem dezimierte Roma-Bevölkerung zu schützen, geschweige denn zu schätzen. Die Zuerkennung eines

12

Kurt R. Eissler: Die Ermordung von wie vielen seiner Kinder muß ein Mensch symptomfrei ertragen können, um eine normale Konstitution zu haben?, in: Hans Martin Lohmann (Hg.): Psychoanalyse und Nationalsozialismus. Beiträge zur Bearbeitung eines unbewältigten Traumas, Frankfurt am Main 1984, S. 207.

13

Selma Steinmetz, Claudia Mayerhofer, Miriam Wiegele, Erika Thurner, Beate Eder-Jordan, Ursula Hemetek.

14

Rund um die erste Vereinsgründung schlossen sich mehr und mehr jüngere, aber auch ältere Roma, Sinti, Lovara und Kalderash der Bewegung an.

15

Projekte ab 1990: Sprachaufzeichnungen und Dokumentationen, Kodifikationen, Publikationen und Unterrichtsmaterialien, vgl. Anm. 6 sowie die Sammlungen von Mozes F. Heinschink und Christiane Fennesz-Juhász, u. a. im Phonogrammarchiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

16

Heinschink: E Romani Chib, 1994; Erika Thurner: Zur rechtlichen und gesellschaftlichen Situation von Sinti/Roma (›Zigeunern‹) in Österreich, in: Razprave in Gradivo 29f. Treatises and Documents, Journal of Ethnic Studies, Ljubljana 1994/95, S. 127–143; Erika Thurner: Von einer sozialen Randgruppe zu einer anerkannten Minderheit, in: Halwachs, Menz (Hg.): Die Sprache der Roma, S. 19–35.

ethnischen Minderheitenstatus wurde zwar phasenweise diskutiert, allerdings mit wenig Ernsthaftigkeit und in Unkenntnis der tatsächlichen Lebensverhältnisse. Ebenso fanden Forschungsarbeiten zum Roma-Holocaust wenig Beachtung. Dennoch: Sie bildeten das Fundament für die in den 1980er-Jahren beginnende gesellschaftspolitische Aufwertung der Roma.

Ab 1983/84 formierte sich eine kleine Solidargesellschaft. Angehörige der KZ-Gemeinschaften und Verbände erhielten Verstärkung durch vorwiegend jüngere Forscherinnen¹³ und andere SympathisantInnen. Erste Erfolge zur Integration der Roma in die NS-Gedenkgesellschaften gipfelten in der Errichtung von Mahnmalen in Lackenbach (1984) und Salzburg (1985). Weitere Aufbrüche zeichneten sich im »Gedenkjahr 1988« ab. Erstmals kam es zur idealen Anerkennung der Roma als Opfer der NS-Verfolgung durch den damaligen Bundeskanzler, Franz Vranitzky. Weiters wurde eine Opferfürsorge-Novelle in Aussicht gestellt, durch die die Überlebenden der NS-›Zigeuner-Lager‹ Lackenbach und Salzburg berücksichtigt werden sollten.

Ein Vierteljahrhundert Roma-Bewegung

Diesem Engagement schlossen sich ab 1988/89 auch Roma an, traten heraus aus dem ›Verborgenen‹: Ceija Stojka, Rudolf Sarközi, Eduard Karolyi, Ludwig Papai, Rosa G. Martl, Susanne Baranyai, Hugo Taubmann¹⁴ – mit der Konsequenz, dass im Juli 1989 der erste Roma-Verein in Oberwart gegründet wurde. Damit waren die Weichen für weitere Organisationsstrukturen und selbsttätiges politisches Handeln gestellt. Alle in den Folgejahren in Wien, im Burgenland, in Kärnten und Linz gegründeten Vereine kümmerten sich um soziale und kulturelle Belange, räumten Bildungs-, Informations- und Aufklärungsveranstaltungen viel Raum ein. Besondere Bedeutung kam den Sprachprojekten zu – profitieren heute doch jene Roma davon, deren Sprachkompetenz reduziert oder gar nicht mehr gegeben ist.¹⁵

Seit Ende der 1980er-Jahre blieb die Frage der Volksgruppen-Anerkennung ein ständiges Thema. Dieses vor allem von Rudolf Sarközi vorangetriebene Begehren erhielt Unterstützung von einigen SPÖ-PolitikerInnen und vom Grünen Parlamentsklub. Überzeugt und hartnäckig gelang es Sarközi auch die sehr heterogene Roma-Gesellschaft auf eine Linie zu bringen. Dabei konnte er auf sein politisches Know-how als SPÖ- und Gewerkschaftsfunktionär als auch auf enge Kontakte zu einflussreichen PolitikerInnen zurückgreifen. Zunächst musste der Nachweis erbracht werden, dass es sich bei den Roma tatsächlich um eine seit Generationen in Österreich beheimatete Minderheit handelt. Wissenschaftliche Expertisen waren gefordert. Zum einen ging es um den Nachweis der Existenz lebendiger und tatsächlich angewandter Roma-Sprachen (Dialekte), zum anderen mussten Fakten über die Roma-Population, Siedlungsstrukturen sowie über deren Kultur- und Gruppenbewusstsein vorgelegt werden. Mit zwei – später auch für ein breiteres Publikum publizierten – Forschungsberichten gelang es, ältere gegenläufige Befunde und Argumente zu entkräften: z. B. den Roma fehle es als Nomaden an Bodenständigkeit oder Heimatverbundenheit.¹⁶

Den Tag des Erfolges, den 23. Dezember 1993, als der Volksgruppenstatus im Parlament abgesehen wurde, erlebte Sarközi allerdings etwas getrübt, denn ein größeres Medienecho blieb aus: »Nur drei oder vier Zeitungen haben damals darüber berichtet.«¹⁷ Dieser wichtige Schritt zur gesellschaftlichen Aufwertung und rechtlichen Besserstellung der kleinen österreichischen Roma-Bevölkerungsgruppe (geschätzte 0,01 bis 0,03 Prozent der Gesamtbevölkerung)¹⁸ ermöglichte bereits begonnene Projekte rasch umzusetzen. Zudem stärkte die Zusammenarbeit mit den anerkannten Gruppen im österreichischen Volksgruppenzentrum das Selbstwertgefühl der ersten FunktionärInnen-Generation.

Ins Zentrum des öffentlichen und medialen Interesses wurden die österreichischen Roma erst im Februar 1995 katapultiert. Damals strömten in- und ausländische Reporterteams ins burgenländische Oberwart, um vom schwärzesten Tag für die Roma und die Zweite Republik zu berichten. Neben den Vorfällen rund um das Rohrbombenattentat, bei dem vier junge Roma getötet worden waren, rückte ein verdrängter, nahezu unbekannter Teil österreichischer Geschichte und Gegenwart ins Blickfeld. Die Existenz von Roma-Ghettos, von slum-ähnlichen Siedlungen in Österreich. Neben ehrlichem Entsetzen über die grausamen Morde, die der rechtsextrernen Szene zugeordnet wurden, kämpften JournalistInnen gegen eigene Wissensdefizite an, um ihrer Informationstätigkeit nachkommen zu können. Abgesehen vom Umstieg auf die politisch korrekte Bezeichnung »Roma«¹⁹, hatten nur wenige – nehmen wir Reporter aus der Region einmal aus – zeitgemäße Vorstellungen über die Roma-Community. Versäumnisse und Desinteresse von Gesellschaft und Politik traten offen hervor.

Bei den Roma hat das Attentat und die Folgen neben Trauer und Angst auch Erstaunen hervorgerufen. Noch nie davor war es bei Roma-Morden zu öffentlicher Empörung gekommen. Während der NS-Verfolgung und -Ausrottung hatte sich keine einzige Stimme erhoben. Diesmal gab es nicht nur Empörung, sondern auch Solidarität. Das Begräbnis in Oberwart wurde zur Massenveranstaltung, an der die gesamte Bundesregierung teilnahm.²⁰ Seit damals ist das Interesse in der Mehrheitsgesellschaft für diese österreichische oder in Österreich lebende Minderheit angewachsen.

Ausblick: Vorbildfunktion und Selbstverpflichtung

Roma sind heute in Österreich nicht mehr ein gänzlich »unbekanntes Volk«, obwohl das Wissen um deren Geschichte, Kultur und Sprache noch viele Lehrstellen aufweist. Alte stereotype ›Zigeunerbilder‹ verblassen langsam. Die im Nationalsozialismus erfolgte propagandistische Zuspitzung auf den ›asozialen, verschlagenen, kriminellen Zigeunertypus‹ zeigt allerdings Nachhaltigkeit, überschattet aktuelle Diskurse und Politiken. Die heimischen Roma und ihre Organisationen haben alle Hände voll zu tun, dem derzeit ansteigenden Antiziganismus gegenzusteuern.

Dennoch: die Entwicklungen der letzten 30 Jahre haben gezeigt, dass über Jahrhunderte gefestigte Negativbilder aufgebrochen werden können, dass ein Land aus seiner Geschichte lernt. Die autochthonen Roma erhielten im Dezember 1993 ihre Volksgruppen-Anerkennung. Somit war Österreich zum Zeitpunkt seines EU-Beitritts das erste Mitgliedsland, in dem die Roma über diese begehrte Position verfügen, die ihnen sowohl Schutz als auch Förderung garantiert. Darauf sollte Österreich stolz sein, mehr Aufhebens davon machen und sich zudem EU-weit als Vorbild präsentieren. Dann gewinnt der im Jahr 2000 in die Verfassung eingeschriebene Artikel 8, dass sich das Land zu seiner historisch gewachsenen kulturellen, sprachlichen und ethnischen Vielfalt bekennt – und damit den Erhalt seiner Volksgruppen zum Staatsziel erhebt –, Glaubwürdigkeit.

Erika Thurner, Zeithistorikerin und Politikwissenschaftlerin, Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Minderheiten- und Volksgruppenpolitik, Parteien- und Milieugeschichte, Migrations- und Genderforschung.

17

Rudolf Sarközi, Sohn einer Burgenland-Romni und eines Wiener Sinto, im NS-Lager Lackenbach 1944 geboren, wirkte als einigendes Band zwischen den unterschiedlichen Roma-Gruppen. Vgl. Rudolf Sarközi: ROMA Österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung, Klagenfurt/Celovec 2008.

18

Damals wie auch heute kann die Roma-Population nur geschätzt werden. Die Autochthonen waren/sind eine Minderheit in der Minderheit. Während zum Zeitpunkt der Anerkennung von ca. 20.000 bis 30.000 in Österreich lebenden Roma (darunter 6.000 bis 8.000 autochthone) ausgegangen wurde, ist die Zahl mittlerweile durch Neuzuwanderungen angestiegen.

19

Ab 1995 wurde in den EU-Institutionen »Roma« als Sammelbegriff für alle unterschiedlichen Gruppen eingeführt, eine politisch-pragmatische Entscheidung, um auf diskriminierende Fremdbezeichnungen zu verzichten und den Forderungen einiger Roma-Organisationen nachzukommen. Vor allem der Zentralrat deutscher Sinti und Roma beharrt auf der Eigenbezeichnung, aber auch auf der dezidierten Verwendung beider Gruppennamen: Sinti und Roma. In zahlreichen Publikationen findet sich auch der ›Kunstabgriff‹ Sinti/Roma oder Roma/Sinti.

20

Stellungnahmen und Solidaritätstexte in: Geschriebenstein (22/23), Sondernummer über das Attentat auf die Volksgruppe der Roma, Oberwart 1995.